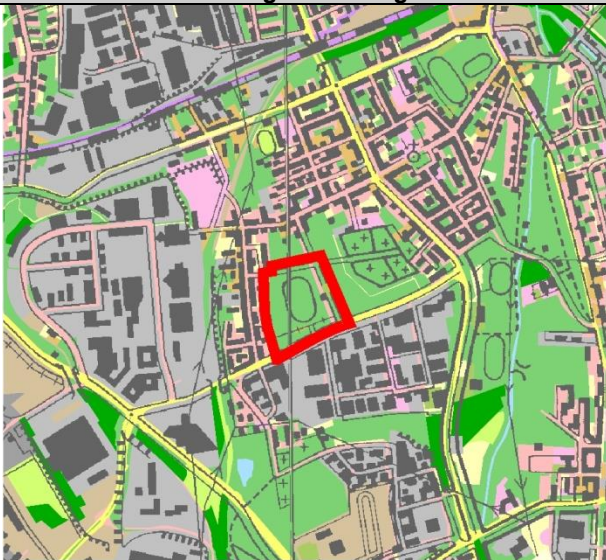
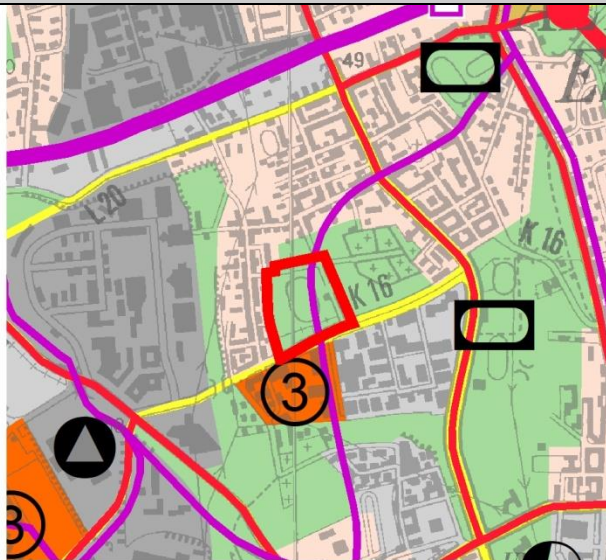
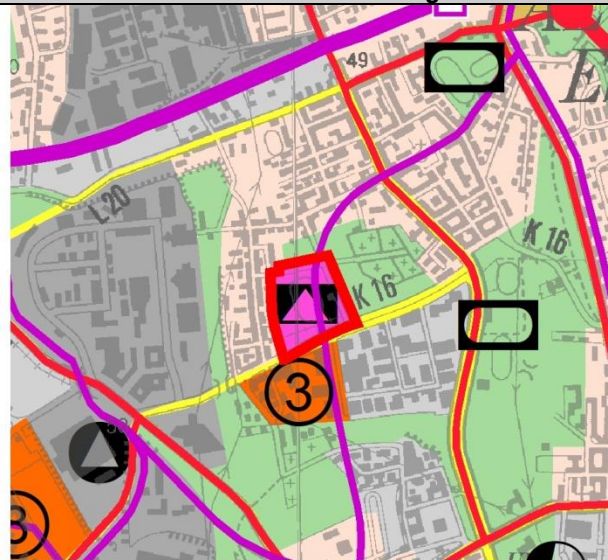


Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:		43 E	Gemeinde:	Essen	Lage:	Erbslöhstraße (neue Gesamtschule)		Flächengröße:	4,7 ha
Realnutzung:		Wohnbauflächen Spiel- und Sportanlagen Grünflächen	0,3 ha 0,2 ha 4,2 ha	RFNP-Darstellung:	Grünflächen / Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Schienenwege für den über-regionalen und regionalen Verkehr)	RFNP-Änderung :	Gemeinbedarfsflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) Zweckbestimmung: Bildung (Schienenwege für den über-regionalen und regionalen Verkehr)	4,7 ha	
Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1 :25.000				Ausschnitt Plankarte RFNP M 1 :25.000			Ausschnitt Plankarte RFNP-Änderung M 1 :25.000		
									
<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>				<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>			<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>		
Veranlassung, Methodik		<p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Durchführungsverordnung (DVO) zum Landesplanungsgesetz (LPIG) und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie auf weitere Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB ist in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso III etc.). Die in Anlage 1 zum BauGB unter 2 b) einschließlich der dort unter den Buchstaben aa)</p>							

	<p>bis hh) aufgeführten Anforderungen werden - sofern zutreffend und für diese Planungsebene relevant - einzelfallbezogen jeweils bei den einzelnen Schutzgütern mit abgehandelt.</p> <p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfangs und des Detaillierungsgrades mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt (schriftlich, 13.01.2020 bis 13.02.2020). Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden. Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>
Beschreibung des Plangebietes	<p>Der ca. 4,7 ha große Änderungsbereich liegt im Stadtbezirk V, Stadtteil Altenessen-Süd. Im östlichen Bereich verläuft unterhalb der Fläche eine Trasse der U-Stadtbahn in nordsüdlicher Richtung. Der Änderungsbereich umfasst die ehemalige Sportanlage "Bamlerstraße" sowie südlich daran angrenzend eine Reihe von Kleingärten. Auf dem Hauptplatz der Sportanlage befand sich zwischenzeitlich eine provisorische Flüchtlingsunterkunft. Nördlich der ehemaligen Sportanlage liegt ein Spielplatz. Auf dem Gelände gibt es noch das Gebäude des ehemaligen Sport- und Gesundheitszentrums Juspo, das zurzeit als Begegnungsstätte ("Treffpunkt Süd") genutzt wird. Im südlichen Teil des Änderungsbereiches liegt der Eingang zur U-Bahnstation Bamlerstraße. Am östlichen Rand des Änderungsbereichs (Erbslöhstraße) befindet sich eine unter Schutz stehende Allee. Der Bereich westlich der Fläche ist durch Wohnnutzung (Mehrfamilienhäuser), die Bereiche nördlich und östlich des Änderungsbereichs sind durch Kleingartennutzung charakterisiert. Südlich des Berthold-Beitz-Boulevards schließt sich das Gewerbegebiet „Stadtwiese“ an.</p> <p>Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan auf der Ebene des Flächennutzungsplans als „Grünfläche“ dargestellt. Auf der Regionalplanebene legt der RFNP den Änderungsbereich als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ fest.</p> <p>Die südlich des Sportplatz gelegenen, ehemals kleingärtnerisch genutzten Flächen am Berthold-Beitz-Boulevard werden durch den rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 13/85 „Bamlerstraße/Hilgerstraße“ erfasst und als Dauerkleingärten festgesetzt.</p>
Beschreibung des Vorhabens	<p>Mit der Aufgabe des Standortes der Sportinfrastruktur besteht der Bedarf, die Fläche einer sinnvollen Folgenutzung zuzuführen. Basierend auf einer umfangreichen Standortsuche und Flächenprüfung für den Neubau einer Gesamtschule im Stadtbezirk Altenessen-Süd, wurde der ehemalige Sportplatz als geeigneter Standort herausgestellt. Da sich die geplante Nutzung nicht aus den Darstellungen / Festlegungen des RFNP entwickeln lässt, muss der RFNP entsprechend geändert werden. Die Darstellung / Festlegung wird in „Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Bildung / Allgemeiner Siedlungsbereich“ geändert. Darüber hinaus verläuft auf regionalplanerischer Ebene die linienhafte Festlegung „Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr“ in Nord-Süd-Richtung durch den östlichen Teil des Änderungsbereichs. Diese Festlegung bleibt erhalten. Die Änderung betrifft sowohl den flächennutzungsplanerischen, als auch den regionalplanerischen Teil des RFNP.</p>
Ziele des Umweltschutzes	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen des am 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans NRW (geändert durch die Verordnung zur Änderung des LEP mit Datum des Inkrafttretens vom 06.08.2019) wird auf Teil A der Begründung zu dieser RFNP Änderung verwiesen. Die Ziele des Umweltschutzes auf Ebene der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen in der jeweils aktuellen Fassung haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfungen Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden. Diese sind damit Grundlage der Bewertung der Umweltauswirkungen bei den einzelnen Schutzgütern.</p>

Schutzgüter	Ist-Zustand der Umwelt Bestand	Auswirkungen der Planung Planung	Bewertung der Umwelt- auswirkungen
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft	BSN / BSLE-Festlegungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan): kein BSN/BSLE betroffen	keine Auswirkungen	erheblich
	Darstellungen des Landschaftsplans: kein Geltungsbereich des Landschaftsplans	keine Auswirkungen	
	Schutzstatus: nach § 41 LNatSchG i. V. mit § 29 BNatSchG geschützte Allee	Teile einer geschützten Allee könnten betroffen sein: erheblich	
	Biotopverbund: keine Bedeutung für den Biotopverbund	keine Auswirkungen	
	Planungsrelevante Arten: Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Vorprüfung (Stufe 1) haben sich im Plangebiet und in seiner Umgebung keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer und/oder planungsrelevanter Arten entsprechend der VV-Artenschutz (Erlass III 4 – 616.06.01.17 des MUNLV vom 13.04.2010) ergeben. Die artenschutzrechtliche Prüfung wurde auf der Grundlage ausreichender Ermittlungen vorgenommen. Insbesondere wurden vorhandene Erkenntnisse, die bei zwei Untersuchungsterminen feststellbaren Hinweise sowie die beim LANUV vorliegenden Fachinformationen (FIS) ausgewertet. Eine aktuelle oder zukünftige Nutzung als Bruthabitat konnte für Flussregenpfeifer und Bluthänfling nicht völlig ausgeschlossen werden.	voraussichtlich keine Auswirkungen, vorbehaltlich der Ergebnisse einer Bestandskontrolle auf Flussregenpfeifer und Bluthänfling während der Brutzeit vor Beginn von Rodungs- oder Bautätigkeiten. Da ein Vorkommen dieser Arten das Vorhaben nach § 44 Abs. 5 BNatSchG nicht grundsätzlich in Frage stellen würde, sind Regelungen zur Vermeidung und zum vorgezogenen Ausgleich im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren zu treffen.	
	Wald: nicht vorhanden	keine Auswirkungen	
	Ökologisches Potenzial: Wegen bestehender Vorbelastungen gering. Schutzwürdigkeit besteht nicht.	keine Auswirkungen	
	Regionaler Grünzug im RFNP: nicht betroffen	keine Auswirkungen	
	Unzerschnittene verkehrsarme Räume (LANUV 2015): nicht betroffen	keine Auswirkungen	
	Freiflächenverbund: - Kulisse Emscher Landschaftspark 2010 /2020+ - Kulisse Masterplan emscherzukunft - Kommunaler Freiflächenverbund (Themenkarte 2 RFNP) - Kommunale Freiraumentwicklungskonzepte nicht betroffen	keine Auswirkungen	

	Ausgleichsflächen: keine Ausgleichsfläche betroffen	keine Auswirkungen	
	Landschaftsbild: Das Ortsbild wird durch eine großflächige Sportanlage mit randlicher Eingrünung sowie die nach Norden und Osten angrenzende Allee geprägt	Auswirkungen sind nicht erheblich. Das Ortsbild wird neu gestaltet und zukünftig durch den Bau einer Bildungseinrichtung geprägt. Einzelbäume einer geschützten Allee sind potenziell betroffen, der Alleecharakter bleibt aber weitgehend erhalten.	
	Erholung: nördlicher Grünbereich mit Spielplatz dient der Aufenthaltsqualität; Kleingärten mit entsprechendem Gebäudebestand	Auswirkungen sind nicht erheblich. Die Gesamtfläche wurde ehemals in Teilen als Sportplatz, der zentrale Bereich zuletzt als Fläche für Flüchtlingsunterkünfte genutzt. Der Verfahrensbereich war für die Allgemeinheit nur eingeschränkt nutzbar. Gleiches trifft auf die betroffenen Kleingärten zu. Der Grünbereich mit Spielplatz soll im parallelen Bebauungsplanverfahren planerisch gesichert werden.	
Fazit	Da der Änderungsbereich aktuell weitgehend mit Sportanlagen bebaut ist, sind von einer Neubebauung überwiegend keine Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten oder die Auswirkungen sind unerheblich. Auswirkungen auf verfahrenskritische Arten wurden in der vorliegenden Artenschutzprüfung ausgeschlossen. Artenschutzrechtliche Probleme sind vermeidbar; zum sicheren Ausschluss von zwei planungsrelevanten Arten ist im Bebauungsplanverfahren eine ergänzende Untersuchung erforderlich. Die Gehölzstrukturen in den Randbereichen der Sportanlage, Teilbereiche der geschützten Allee sowie die Grünanlage mit Spielplatz am Nordrand des Änderungsbereiches könnten betroffen sein. Daher sind die Auswirkungen insgesamt erheblich.		
Fläche	Größe (ha) und Art der realen Flächennutzung (FNK): 0,3 ha Wohnbauflächen; 0,2 ha Spiel- und Sportanlagen; 4,2 ha Grünflächen	Umwandlung von tlw. bebauten Sport- und Grünflächen mit Planungsziel Grünfläche/Allg. Freiraum- und Agrarbereich in Baufläche (ASB); potentielle Erhöhung des Versiegelungsgrads von rd. 50 Prozent im Bestand auf planungsrechtlich zulässige Überbauung von rd. 80 Prozent	erheblich
Fazit	Mit dem Planvorhaben werden Freiflächen überplant, die im rechtsgültigen RFNP als Grünfläche/Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt, jedoch durch die ehemaligen baulichen Nutzungen vorbelastet sind. Die Planänderung ist dennoch mit einer Zunahme der Flächeninanspruchnahme verbunden. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche werden daher als erheblich eingestuft.		
Boden	Schutzwürdige Böden: Die Fläche ist komplett anthropogen überprägt, daher sind keine schutzwürdigen Böden vorhanden.	Vermeidungsgebot und Bodenschutzklausel werden eingehalten.	nicht erheblich
	Bodenbelastungen: Fläche ist als altlastverdächtige Fläche unter der Kat.-Nr. 25/2.17 (Anschüttung Sportanlage Bamlerstr.) erfasst. Bodenuntersuchungen aus 2014 haben teilweise relevante Bodenverunreinigungen mit Schwermetallen ergeben.	Die vorhandenen Bodenverunreinigungen stehen der geplanten Nutzung zunächst entgegen. Vor Umsetzung der geplanten Nutzung sind Sanierungs-/ Sicherungsmaßnahmen durchzuführen, die im Rahmen nachgelagerter Verfahren mit der UBB abzustimmen sind.	
	Sonstiges: keine Hinweise	voraussichtlich keine	
	Schutzwürdige Geotope: keine	keine	

Fazit	Es werden nur anthropogene Böden überplant, wobei in nachgelagerten Verfahren die Altlastensituation nutzungsabhängig abgeklärt werden muss.		
Wasser	Oberflächengewässer: nein	keine	nicht erheblich
	Quellgebiete: nein	keine	
	Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: nein	keine	
	festgesetztes Überschwemmungsgebiet: nein	keine	
	Hochwassergefahren außerhalb von Überschwemmungsgebieten: nein	keine	
	Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt: teilversiegelte Sportplatzfläche; nicht erheblich	nicht erheblich	
	mittlerer Grundwasserflurabstand: > 3m bis auf einige Randbereiche; nicht erheblich	nicht erheblich	
Fazit	Es sind keine Oberflächengewässer im Änderungsbereich betroffen. Bezogen auf das Schutzgut Wasser, hier nur Grundwasser, werden keine erheblich nachteiligen Auswirkungen erwartet.		
Luft	Lufthygienische Belastungsschwerpunkte: Im unmittelbaren Umfeld der Änderungsfläche liegen keine Hinweise zu grenzwertüberschreitenden Luftbelastungen (NO2, PM10) vor. An der im weiteren Umfeld (ca. 500 m Luftlinie) gelegenen Gladbecker Straße wird im Abschnitt zwischen Ellernplatz und Bäuminghausstraße der NO2-Jahresgrenzwert von 40 µg/m³ jedoch überschritten.	Nach Umsetzung der Planung ist mit einer Erhöhung des Verkehrsaufkommen zu rechnen, welches sich auf den bestehenden lufthygienischen Belastungsschwerpunkt an der Gladbecker Straße auswirken könnte. Eine entsprechende Untersuchung sollte im nachgelagerten Verfahren durchgeführt werden.	nicht erheblich
	Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation: Die Änderungsfläche liegt innerhalb der Umweltzone Ruhrgebiet. Es liegen keine Hinweise auf grenzwertüberschreitende Luftbelastungen vor, sodass von einer guten lufthygienischen Gesamtsituation auszugehen ist.	Nach Umsetzung der Planung wird an der Änderungsfläche keine erhebliche Verschlechterung der lufthygienischen Situation erwartet. Im weiteren Umfeld ist mit einer höheren Verkehrsbelastung und daraus resultierenden Immissionsbelastung zu rechnen.	
	Durchlüftungsverhältnisse: Aufgrund des breiten Straßenquerschnitts des Berthold-Beitz-Boulevards mit zurückversetzter Bebauung im Süden sowie der Kleingartenanlagen im Norden und Osten ist von guten Durchlüftungsverhältnissen auszugehen.	Nach Umsetzung der Planung wird keine erhebliche Verschlechterung der Durchlüftungsverhältnisse erwartet.	
Fazit	Die lufthygienische Situation im direkten Umfeld ist unbedenklich. Es werden keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Luft erwartet. Die Zunahme des Verkehrsaufkommens im weiteren Umfeld und die daraus resultierende Immissionsbelastung sind im nachgelagerten Verfahren zu untersuchen.		
Klima	Last- und Ausgleichsräume: Lage überwiegend im Wirkungsbereich des klimatisch ausgleichen- den Parkklimas mit lokal begrenzter bioklimatisch positiver	Mit Umsetzung der Planung verschiebt sich die bioklimatische Bewertung der Fläche aufgrund des zulässigen hohen Überbau-	erheblich

	Wirkung, westlich im Übergang zum Lastraum der gut durchgrünten Stadtrandbebauung; aufgrund des hohen Versiegelungsgrades im Bestand in seiner Funktion beeinträchtigt. Im gesamträumlichen Zusammenhang ist der Änderungsbereich von Bedeutung für die Vernetzung innerstädtischer Grüner Infrastruktur.	ungsgrads voraussichtlich zum klimatischen Lastraum, was mit einer potentiellen erheblichen Beeinträchtigung einhergeht. Um der Ausprägung einer Wärmeinsel entgegenzuwirken, sind im nachgelagerten Verfahren positive klimatische Austauschprozesse zu sichern.	
	Klimatope und deren Eigenschaften: Lokalklimatisch dem Parkklima zugeordnet; überbaute Flächen wirken bioklimatisch negativ, Freiflächen bioklimatisch positiv, jedoch ohne bedeutende Fernwirkung.	Mit Umsetzung der Planung verschiebt sich die lokalklimatische Zuordnung voraussichtlich zum Lastraum des Stadtklimatops.	
	Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: es sind keine übergeordneten Luftleitbahnen betroffen	Zunahme der Rauigkeit; Barrierebildung für Luftaustauschprozesse infolge von Bebauung potenziell möglich	
	Klimawandelanpassung: Generell ist bis Mitte des Jahrhunderts eine Zunahme der Sommertage, heißen Tage und Tropennächte zu erwarten. Zurzeit weist die Änderungsfläche im Bereich der Überbauung aufgrund mangelnder Beschattung ein erhöhtes Aufheizungs-potential auf. Die Freiflächen der ehemaligen Sportanlagen und Gärten dämpfen Temperatur- und Strahlungsextreme und tragen mit ihrem positiven Eigenklima zu einer bioklimatischen Wohlfahrtswirkung bei (Abkühlung der gefühlten Temperatur an Hitzetagen). Das Plangebiet liegt nicht in einem durch Starkregen überschwemmungsgefährdeten Bereich. Es kann heute bei Starkregen (hundertjähriger Regen) durch abfließendes Oberflächenwasser im nördlichen Spielflächenbereich bis 10 cm und im Bereich der Kleingärten entlang des Berthold-Beitz-Boulevards punktuell bis 25 cm eingestaut werden (vorhandene Mulden). Da keine Oberflächengewässer im Plangebiet oder seiner Umgebung vorhanden sind, liegt keine Hochwassergefährdung vor.	potenzieller Verlust der hinsichtlich Temperatur- und Strahlungsextreme ausgleichenden Vegetationsflächen keine Gefährdung des Plangebietes durch Starkregenereignisse Im nachgelagerten Verfahren ist darauf zu achten, dass das Oberflächenwasser wie bisher nach Osten zur Erbslöhstraße abfließen kann. keine Hochwassergefährdung	
	Klimaschutz: Der Änderungsbereich ist durch die U-Bahnlinien U11 und U17 mit der nahegelegenen Haltestation "Bamlerstraße", sowie durch die Buslinie 196 mit der Haltestelle "Bamlerstraße" gut an das ÖPNV-Netz angebunden. Die Fläche ist nicht direkt an das Haupttroutennetz des Radverkehrs angebunden. Das Ergänzungsnetz verläuft entlang der westlich zum Änderungsbereich befindlichen Kleinen Hammerstraße und der östlich befindlichen Bäuminghausstraße und kann über die Erbslöhstraße erreicht werden.	Die Einhaltung der Energie-Einspar-VO und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bilden den Mindeststandard zur Reduzierung des Energieeinsatzes und von Emissionen. Energetische Optimierungen sind im nachgelagerten Verfahren entsprechend des "Leitfadens für eine energetisch optimierte Stadtplanung" zu prüfen.	

Fazit	<p>Der Änderungsbereich sichert im Bestand stadtklimatisch ausgleichende Funktionen und ist dem Parkklima zugeordnet. Durch die ehemalige bauliche Nutzung ist die Fläche jedoch zu rund fünfzig Prozent baulich überprägt und in ihrer ausgleichenden Funktion eingeschränkt. Mit Umsetzung des Planvorhabens sind eine Zunahme der Versiegelung von Freiflächen und eine Verschiebung zu typischem Stadtklima zu erwarten. Die Auswirkungen durch das Planvorhaben auf das Schutzgut Klima werden daher als erheblich eingestuft. Das Plangebiet ist gut an das Essener ÖPNV-Netz sowie an das örtliche Radverkehrsnetz angebunden. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung oder Gefährdung durch Starkregenereignisse.</p> <p>Zur Minderung potenziell negativer Umweltauswirkungen und zur Anpassung an Folgen des Klimawandels sollten für die künftigen Nutzungen in nachgeordneten Verfahren vorsorglich Maßnahmen festgelegt werden, die zur Klimaanpassung gegenüber Hitze und Starkregenereignisse beitragen. Weitere Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen, insbesondere der Erhalt und die Entwicklung von positiv klimawirksamen Flächen sowie energetische Optimierungen, sind im parallelen Bebauungsplanverfahren zu prüfen. Aufgrund der Lage der Fläche zwischen vorhandenen Grünzügen sollte ihr Potenzial im Rahmen der Vernetzung städtischer Grünzüge genutzt werden.</p>		
Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit		erheblich
	Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Im Änderungsbereich sind Sport- und Erholungseinrichtungen betroffen. Die Nutz- und Erholungsfunktion für die ansässige Bevölkerung ist von geringer Bedeutung. Der Änderungsbereich ist Bestandteil des Rahmenplans Gladbecker Straße, ebenso der östlich der Kleingartenanlage angrenzende Spindelmann-Park, der für die Anwohner eine wohnortnahe Erholungsfunktion übernimmt.	Für das Vorhaben wird Freiraum in Anspruch genommen, der für die Erholungsnutzung jedoch von geringer Bedeutung ist.	
	Boden: Fläche ist als altlastverdächtige Fläche unter der Kat.-Nr. 25/2.17 (Anschüttung Sportanlage Bamlerstr.) erfasst. Bodenuntersuchungen aus 2014 haben teilweise relevante Bodenverunreinigungen mit Schwermetallen ergeben. Rd. 50 Prozent der Flächen sind versiegelt.	Mit der Umsetzung der Planung ist eine potentiell erhebliche Beeinträchtigung durch Bodenverunreinigungen verbunden. Im Zusammenhang mit der geplanten Nutzung sind Sanierungs-/ Sicherungsmaßnahmen durchzuführen, die im Rahmen des parallelen B-Planverfahrens mit der UBB abzustimmen sind.	
	Wasser: kein Überschwemmungsgebiet, kein Trinkwasserschutzgebiet, keine Trinkwassernotbrunnen vorhanden	keine Auswirkungen	
	Luft: keine Hinweise auf lufthygienische Belastung im unmittelbaren Umfeld der Änderungsfläche	keine Auswirkungen im unmittelbaren Umfeld; zusätzliches Verkehrsaufkommen belastet den lufthygienischen Belastungsschwerpunkt Gladbecker Straße im Umfeld (ca. 500 m Luftlinie)	
	Klima: Es liegt keine bioklimatische Belastungssituation vor.	Mit zunehmendem Überbauungsgrad besteht die Gefahr der Ausprägung einer Wärmeinsel. Um dieser entgegenzuwirken,	

		sind im nachgelagerten Verfahren positive klimatische Austauschprozesse zu sichern.	
	Lärm: Der Berthold-Beitz-Boulevard stellt eine innerörtliche Hauptverkehrsstraße dar, die mit Anschluss an die Bundesstraße 224 und darüber an die Bundesautobahn A 42 im Norden und A 40 sowie A 52 im Süden eine Anbindung an den überörtlichen Verkehr sicherstellt. Im Nahbereich des Berthold-Beitz-Boulevards liegt die Straßenlärmbelastung nach Umgebungslärmrichtlinie am Gesamttag über 70 dB(A) und im Nachtzeitraum über 60 dB(A). Ca. 30 m parallel zum Berthold-Beitz-Boulevard entfernt, liegen die Werte noch bei ca. 60 dB(A) am Gesamttag (24h) und bis zu 42 m Entfernung bei ca. 50 dB(A) in der Nacht. Durch die Realisierung des 3. Bauabschnittes des Berthold-Beitz-Boulevards wird die Straßenlärmbelastung noch weitersteigen.	Die Planänderung verursacht potenziell eine Verschlechterung der Lärmsituation durch Ziel- und Quellverkehre im Umfeld des Änderungsbereichs. Die WHO-Lärmrichtwerte werden deutlich überschritten. Entsprechend der im parallelen B-Planverfahren erstellten Verkehrsgutachten erscheint die Lärmproblematik grundsätzlich lösbar.	
	Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG:		
	Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstands eines Seveso III-Betriebes	keine Auswirkungen	
	Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der Abstandsklassen I-IV gemäß Abstandserlass 2007	keine Auswirkungen	
	Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen:		
	Erschütterungen: Anlagen U-Stadtbahn unterirdisch Plangebiet querend	Durch die Anlagen der U-Stadtbahn sind Erschütterungsimmissionen, die auf die geplanten Baukörper wirken, nicht auszuschließen - daher Überprüfung im parallelen B-Planverfahren erforderlich	
	Licht: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Geruch: keine Hinweise	keine Auswirkungen	
	Elektromagnetische Felder: Westlich des Änderungsbereichs verläuft in ca. 150 m Abstand eine 380 kV-Höchstspannungsfreileitung.	Es entsteht eine neue schutzwürdige Nutzung. Der Abstand von 400 m Abstandes gemäß Grundsatz 8.2-3 des LEP wird unterschritten; der gesetzl. Abstand gemäß 26. BImSchV von 40 m wird beidseitig der Leitungsmittellinie eingehalten bzw. deutlich überschritten. Von einer erhöhten Gesundheitsgefahr ist nicht auszugehen, daher unerheblich	
	Sonstiges keine Ergänzung	keine Auswirkungen	

Fazit	Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit sind durch das Änderungsverfahren weitgehend nicht betroffen. Mit der Umsetzung der Planung ist jedoch eine potentiell erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes durch Bodenverunreinigungen verbunden. Im Zusammenhang mit der geplanten Nutzung sind Sanierungs-/Sicherungsmaßnahmen durchzuführen, die mit der UBB abzustimmen sind. Die Planänderung verursacht zudem potenziell eine Verschlechterung der Lärmsituation durch Ziel- und Quellverkehre im Umfeld des Änderungsbereichs. Mögliche Erschütterungen bedingt durch die U- Bahn sind im parallelen B-Planverfahren zu ermitteln. Aufgrund der Gefährdung durch Altlasten und potentielle Einwirkungen durch Straßenlärm auf die menschliche Gesundheit erfolgt eine Einstufung der Umweltauswirkungen für das Schutzgut insgesamt als erheblich. Mögliche Erschütterungen bedingt durch die U- Bahn sind im parallelen B-Planverfahren zu ermitteln. Entsprechend der im parallelen B-Planverfahren erstellten Verkehrsgutachten erscheint die Lärmproblematik grundsätzlich lösbar.		
Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe	Kulturgüter:		nicht erheblich
	rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine	keine Auswirkungen	
	rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine	keine Auswirkungen	
	rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine	keine Auswirkungen	
	Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine	keine Auswirkungen	
	Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine	keine Auswirkungen	
	Kulturlandschaftsbereich: keine	keine Auswirkungen	
	Sachgüter: Kleingärten mit entsprechendem Gebäudebestand, ehemaliger Sportplatz, ehemaligen Vereinsgebäude (zwischenzeitlich als Begegnungsstätte genutzt), Spielplatz	Überplanung und Verlust der bestehenden Gebäude und Anlagen	
Fazit	Es sind keine gesetzlich geschützten Kulturgüter und im unerheblichen Maß Sachgüter durch das Planvorhaben betroffen. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe werden daher als nicht erheblich eingestuft.		
Natura 2000 / FFH-Prüfung	nicht relevant		nicht relevant
Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen	Prüfung Seveso III: Die Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso III-Betriebes.		nicht relevant
	Leitungstrassen gem. Rohrfernleitungsverordnung: Im Plangebiet oder seiner Umgebung sind keine Rohrfernleitungen gemäß Rohrfernleitungsverordnung vorhanden.		
	Hochwassergefährdung: Potentielle Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt bestehen nicht. Es ist bei der weiteren Planung darauf zu achten, dass das Oberflächenwasser wie bisher nach Osten zur Erbslöhstraße abfließen kann.		
	Erdbebengebiet: Der Änderungsbereich liegt außerhalb von Erdbebenzonen.		
Fazit	Zurzeit sind keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich.		

Wechselwirkungen und kumulative Auswirkungen	Aus der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern ergeben sich keine zusätzlichen Gesichtspunkte für die Bewertung der Umweltauswirkungen. Kumulative Wirkungen durch sonstige Planungen im engen räumlichen Zusammenhang werden im nachgelagerten Verfahren geprüft.
Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung	Bei Nichtdurchführung der Planung ist ein Erhalt des bestehenden Zustands zu erwarten. Der derzeitige Umweltzustand wie für die einzelnen Schutzgüter beschrieben, bliebe damit weitgehend erhalten.
Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich	<p>Maßnahmenempfehlungen für nachgelagerte Verfahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrünungsmaßnahmen: Ein- und Durchgrünung der Fläche, Begrünung von Gebäuden (z.B. durch Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünung), Spielplatzerhaltung oder –ersatz; Erhalt der Allee an der Erbslöhstraße - Berücksichtigung der Hinweise und Empfehlungen aus der Artenschutzprüfung bezüglich einer Kontrolle auf Brutvorkommen von zwei Vogelarten sowie Einhaltung der gesetzlichen Schonzeit bei Gehölzrodungen. - Prüfung und Regelung von Bodenbelastungen - Detailprüfung und vorkehrende Maßnahmen zum Überflutungsschutz bei Starkregenereignissen (Regenwasserabkopplung, Flächensicherung für die oberirdische Sammlung und Ableitung des Regenwassers); es ist bei der weiteren Planung darauf zu achten, dass das Oberflächenwasser wie bisher nach Osten zur Erbslöhstraße abfließen kann. - Prüfung von energetischen Optimierungen gemäß Leitfaden - Kompensation des Verlusts von Erholungsfunktionen der Sportanlagen (z.B. durch Aufwertung des Spindelmann-Parks) - Untersuchung der Zunahme des Verkehrsaufkommens im weiteren Umfeld und der daraus resultierenden Immissionsbelastung - Ermittlung von Erschütterungen durch die U-Bahn <p>Die Lärmproblematik ist auf der B-Plan-Ebene durch folgende Maßnahmen lösbar: z.B. architektonische Selbsthilfe, Zonierung / Gliederung der Baugebiete, aktiver und passiver Lärmschutz</p>
Alternativenprüfung	Die Ausschüsse und der Rat der Stadt Essen haben sich im Mai bzw. Juni 2018 mit der Errichtung einer neuen Gesamtschule befasst. Der Rat der Stadt Essen hat die Verwaltung beauftragt, Flächen im Stadtteil Altenessen-Süd bzw. geeignete Flächen in unmittelbar angrenzenden Stadtteilen zu prüfen, die als Entwicklungsfläche für einen Schulstandort bestimmt werden können. Vor diesem Hintergrund wurde eine Standortuntersuchung alternativer Flächen durchgeführt. Unter insgesamt 13 Prüfflächen wurde in der Gesamtschau der Prüfung der aufgegebenen Sportinfrastrukturstandort „Bamlerstraße“ an der Erbslöhstraße als geeignet herausgestellt und für den Neubau der Gesamtschule vorgeschlagen. Da der Sportplatz bereits 2014 aufgeben wurde, besteht ein hoher Bedarf, dieser Fläche eine sinnvolle Folgenutzung zuzuführen. Die gut integrierte Lage der Fläche innerhalb des Stadtteils sowie die unmittelbar angrenzende U-Bahn-Station bieten Standortvorteile, die den Neubau einer Gesamtschule an diesem Standort begünstigen. Zusätzlich befinden sich in unmittelbarer Umgebung mit einer Kindertageseinrichtung und der umliegenden Wohnbebauung weitere Nutzungen, die sich gegenseitig ergänzen. Als alternative Nutzungsmöglichkeit zur geplanten Bebauung wäre eine Nutzung des ehemaligen Sportplatzes als Grünfläche und ein Erhalt der Kleingärten oder eine wohnbauliche Entwicklung denkbar. Diese Alternativen erscheinen vor dem Hintergrund des bereits beschriebenen erheblichen Bedarfs eines neuen Schulstandortes im Stadtteil Altenessen-Süd, auch vor dem Hintergrund der vorausgegangenen umfangreichen Standortsuche, als wenig sinnvoll. Einer bedarfsgerechten Versorgung mit Bildungseinrichtungen soll an dieser Stelle der Vorrang eingeräumt werden.
Monitoring	<p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.</p> <p>Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamtträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung).</p> <p>Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und</p>

	<p>Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.</p> <p>Der zweite Baustein nutzt die Abschichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten. Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umweltauswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen. Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raubeobachtung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben. Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben. Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.</p>
Gesamtbeurteilung Fazit	<p>Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Überplanung einer ehemaligen Sportanlage sowie in geringfügigem Maße von Kleingärten einher. Es werden jedoch Flächen überplant, die im rechtsgültigen RFNP als Grünfläche/Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellt sind. Das Gelände ist heute zu rund fünfzig Prozent unversiegelt. Eine Zunahme des Versiegelungsgrades und damit verbunden eine Beeinträchtigung positiver stadtklimatischer Funktionen wird mit dem Änderungsvorhaben planerisch vorbereitet. Teile einer geschützten Allee an der Erbslöhstraße sowie ein erholungsrelevanter Spielplatz werden überplant. Durch Ziel- und Quellverkehre im Umfeld des Änderungsbereichs ist eine Verschlechterung der Lärmsituation zu erwarten. Im Bereich der Sportanlage sind Bodenverunreinigungen nachgewiesen. Auswirkungen auf die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“, „Fläche“, „Klima“ und „Mensch, Gesundheit, Bevölkerung“ werden daher als potentiell erheblich eingestuft.</p> <p>Es bestehen im Plangebiet mit Ausnahme der geschützten Allee keine weiteren Schutzausweisungen des Natur- und Umweltschutzes. Vorbehaltlich einer noch durchzuführenden Nachkontrolle auf zwei Vogelarten während der Brutzeit ergab die Artenschutzprüfung keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer Arten. Es sind keine Schutzgebiete durch das Vorhaben betroffen. Auswirkungen auf die Schutzgüter „Boden“, „Wasser“ und „Luft“ sowie „Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe“ werden als potentiell nicht erheblich eingestuft. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung oder Gefährdung durch Starkregenereignisse. Für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen sind zurzeit keine Risikofaktoren ersichtlich.</p> <p>Im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren sind Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich der voraussichtlich erheblichen Beeinträchtigungen zu prüfen und zu sichern. Für den Änderungsbereich liegen fünf relevante Gutachten vor (Bodenuntersuchung, Geotechnischer Bericht, Verkehrsuntersuchung inkl. Ergänzung, Zusammenfassung verschiedener Verkehrsuntersuchungen, Artenschutzprüfung). Entsprechend der erstellten Verkehrsgutachten erscheint die Lärmproblematik grundsätzlich lösbar.</p>
Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen / Sonstiges:	<p>Es traten keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der umweltrelevanten Informationen auf.</p>

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Der ca. 4,7 ha große Änderungsbereich 43 E „Erbslöhstraße (neue Gesamtschule)“ liegt im Stadtbezirk V, Stadtteil Altenessen-Süd nördlich der Innenstadt. Der Änderungsbereich umfasst die ehemalige Sportanlage "Bamlerstraße" sowie südlich daran angrenzend eine Reihe von Kleingärten. Auf dem Hauptplatz der Sportanlage befand sich zwischenzeitlich eine provisorische Flüchtlingsunterkunft. Am östlichen Rand des Änderungsbereichs entlang der Erbslöhstraße befindet sich eine unter Schutz stehende Allee. Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan als „Grünfläche“ bzw. „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ dargestellt. Da sich die geplante Nutzung nicht aus den Darstellungen des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) entwickeln lässt, wird diese in „Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Bildung/Allgemeiner Siedlungsbereich“ geändert.

Aufgrund der Überplanung von Freiflächen, der möglichen Gefährdung durch Bodenverunreinigungen und möglicher Einwirkungen durch Straßenlärm auf die menschliche Gesundheit erfolgt eine Einstufung der Umweltauswirkungen für die Schutzgüter „Fläche“, „Klima“ und „Mensch/Gesundheit/Bevölkerung“ als erheblich. Auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt, Landschaft“ sind von einer Planänderung überwiegend keine Auswirkungen zu erwarten oder die Auswirkungen sind unerheblich. Es gibt keine Hinweise auf ein Vorkommen verfahrenskritischer Arten. Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist nicht erforderlich, es sind keine Natura 2000-Flächen durch das Planvorhaben betroffen. Die Gehölzstrukturen in den Randbereichen der Sportanlage, Teilbereiche der geschützten Allee sowie die Grünanlage mit Spielplatz am Nordrand des Änderungsbereiches werden jedoch überplant. Daher sind die zu erwartenden Auswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt, Landschaft“ insgesamt dennoch als erheblich einzuschätzen.

Es sind keine gesetzlich geschützten Kulturgüter und im unerheblichen Maß Sachgüter durch das Planvorhaben betroffen. Die Auswirkungen auf das Schutzgut „Kultur- und Sachgüter/Kulturelles Erbe“ werden daher als nicht erheblich eingestuft.

Es werden nur stark durch Menschen beeinflusste Böden überplant. Es sind keine Oberflächengewässer betroffen. Für das Plangebiet besteht keine Hochwassergefährdung oder Gefährdung durch Starkregenereignisse. Die lufthygienische Situation im direkten Umfeld ist unbedenklich. Das Plangebiet ist gut an das Essener ÖPNV-Netz sowie an das örtliche Radverkehrsnetz angebunden. Bezogen auf die Schutzgüter „Boden“, „Wasser“ und „Luft“, werden daher keine erheblich nachteiligen Auswirkungen erwartet. Zurzeit sind für das Planvorhaben auch keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich.

Für den Änderungsbereich liegen fünf relevante Gutachten vor (Bodenuntersuchung, Geotechnischer Bericht, Verkehrsuntersuchung inkl. Ergänzung, Zusammenfassung verschiedener Verkehrsuntersuchungen, Artenschutzprüfung). Entsprechend der erstellten Verkehrsgutachten erscheint die Lärmproblematik grundsätzlich lösbar.

Die Umweltprüfung auf der Ebene des RFNP kann die zu erwartenden Auswirkungen der Planung nur näherungsweise einschätzen, da die Angaben zu den geplanten Flächennutzungen (wie Flächenbedarf, Baukörper, Erschließung, Art und Umfang von Emissionen) noch relativ unkonkret sind. Zur Beurteilung der möglichen Auswirkungen wird daher auf dieser Planungsebene vorsorglich die planerisch höchstmögliche Wirkung auf die Umweltbelange zugrunde gelegt. Das heißt, dass selbst wenn beispielsweise die im Änderungsbereich gelegene schützenswerte Allee voraussichtlich durch ein sogenanntes „Erhaltungsgebot“ im Bebauungsplan gesichert werden kann, in der vorliegenden Umweltprüfung des RFNP allein die Möglichkeit einer negativen Wirkung auf die Allee zunächst als „potenzielle erhebliche Beeinträchtigung“ zu beschreiben und zu bewerten ist. Erst in der parallelen Bauleitplanung (Bebauungsplan) können konkrete grünordnerische oder andere umweltrelevante Maßnahmen (z.B. Schallschutz) verbindlich realisiert werden. In vielen Fällen können damit die beschriebenen Konflikte vermieden oder deutlich verringert werden. Dies kann im Einzelfall bedeuten, dass sich bei Umsetzung der Maßnahmen im parallelen Bebauungsplanverfahren sowohl die schutzgutbezogene Erheblichkeit als auch die Gesamterheblichkeit deutlich verringern kann. Im parallelen Bebauungsplanverfahren sind daher Maßnahmen zu prüfen und zu sichern, die den möglichen Folgen des Planvorhabens für die Umwelt entgegen wirken.

Stand: 14.07.2021

Referenzliste der für den Umweltbericht herangezogenen Quellen (BauGB Anlage 1 Nr.3 Buchstabe d)

Gesetzliche Grundlagen / Verordnungen / Erlasse / Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG)
- Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)
- Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW)
- Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV)
- Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG NW)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz)
- Wassergesetz für das Land Nordrhein- Westfalen (Landeswassergesetz – LWG)
- Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Umgebungslärmrichtlinie
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG)
- Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Störfallverordnung – 12. BImSchV)
- Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV)
- Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm)
- Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung)

Sonstige Datenquellen

- Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen:
 - Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen im Maßstab 1:50.000 (BK 50)
 - Digitales Informationssystem Bodenkarte, Karte der schutzwürdigen Böden (aktueller Stand)
 - Geotop-Kataster NRW
 - Karte der Erdbebenzonen

- LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW),
 - Biotopkataster (aktueller Stand)
 - Erhaltungszustand und Populationsgröße der Planungsrelevanten Arten in NRW (aktueller Stand)
 - Fachbeitrag des Naturschutzes zum RFNP, Themenkarte Freiraum- und Biotopverbund (2009)
 - Fachinformationssystem (FIS/diverse Themen) <https://www.lanuv.nrw.de/landesamt/daten-und-informationsdienste/infosysteme-und-datenbanken>
 - Belastungskarte Ruhrgebiet (2010)
 - Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Stadtgebiet Essen (Stand 2019)
- Regionalverband Ruhr (RVR)
 - Regionale Klimafunktionskarte, RVR (RFNP Themenkarte, Dezember 2009)
 - KlimaFIS
 - Handbuch Stadtklima (2010)
 - Realnutzungskartierung (2015)
 - Atlas der Industriekultur Ruhrgebiet (2005)
 - Emscher Landschaftspark 2010/2020+ (2005 / 2014)
- LVR / LWL (Landschaftsverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
 - Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr, (2014)
- Emschergenossenschaft
 - Grundwassermodell (2012)
- Regionaler Flächennutzungsplan Städteregion Ruhr (RFNP), Mai 2010, (zuletzt geändert 17.02.2020)
- Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten: <https://www.flosm.de>
- Stadt Essen
 - Kataster über Altlasten und Flächen mit Bodenbelastungsverdacht der Stadt Essen (aktueller Stand)
 - Landschaftsplan der Stadt Essen (April 1992, zuletzt geändert Juli 2015)
 - Eingriffs- und Ausgleichskataster der Stadt Essen (aktueller Stand)
 - Gutachten zur Verträglichkeit von Störfallbetriebsbereichen im Stadtgebiet Essen unter dem Gesichtspunkt des § 50 BImSchG bzw. der Seveso-III-Richtlinie (Artikel 13), (Oktober 2015)
 - Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Essen (2009)
 - Stadt begegnet Klimawandel – Integrierte Strategien für Essen (Juni 2014)
 - Klimaanalyse Stadt Essen (2002)
 - Überflutungskarte (bezogen auf ein 100jähriges Regenereignis) des Fachbereichs Wasser; Hochwasserrisikokarte

Gutachten

- Gutachterliche Einschätzung zur Betroffenheit der Belange des Artenschutzes gem. § 44 BNatSchG, Artenschutzprüfung Stufe 1 – Vorprüfung, umweltbüro essen vom 26.03.2020
- Bodenuntersuchungen der städt. Geologie vom 26.03.2014. Fläche ist als altlastverdächtige Fläche unter der Kat.-Nr. 25/2.17 (Anschüttung Sportanlage Bamlerstr.) erfasst.
- Geotechnischer Bericht mit baugrundtechnischen Erkundungen, TABERG Ingenieure GmbH vom 17.05.2021
- Stadt Essen (2019): Verkehrsuntersuchung für den geplanten Bau einer Gesamtschule an der Erbslöhstraße in Essen zzgl. ergänzendes Gutachten aus 04/2020)
- Verkehrsuntersuchung für den geplanten Bau einer Gesamtschule an der Erbslöhstraße in Essen, Zusammenfassung versch. Verkehrsuntersuchungen, Rudolf Keller Verkehrsingenieure GmbH vom 11.03.2021